Kovar & Partners

Case Study – Arena Review

Gesetzgebung im Praxistest – Lehren aus der AWG-Konsultation 2025

1. Ausgangslage: Warum ein Review notwendig war

Das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG 2002) war 2025 in zentralen Bereichen nicht mehr zeitgemäß.
Gründe:

- Wechsel von linearer Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft
- erhebliche Unterschiede im Vollzug zwischen Bundesländern
- hoher administrativer Aufwand für Betriebe und Behörden
- technologische Veränderungen (Digitalisierung, neue Stoffströme)
- europäische Vorgaben mit erhöhtem Ambitionsniveau

Der Reformbedarf war politisch anerkannt (Regierungsprogramm 2025–2029).

2. Vorgehen: Ein neuer, digital gestützter Weg für Gesetzgebung

Der **Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband** (ÖWAV) organisierte einen **österreichweiten, strukturierten Review** des gesamten AWG – ein Verfahren, das erstmals in dieser Form für ein Bundesgesetz umgesetzt wurde.

Kernelemente des Ansatzes:

- **Satzweise Kommentierung und Diskussion:** präzise Rückmeldungen zu jedem Satz des Gesetzestexts
- **Drei Leitfragen:** Praxistauglichkeit, Vollzugserfahrung, Vereinfachungspotenziale
- **Digitale Plattform:** Beiträge und Kommentare, anonymisierte Diskussion (Chatham House Rule), Moderation
- **Redaktionelle Konsolidierung:** vollständige, neutrale Zusammenführung aller Beiträge

Beteiligung:

- Einladungen an Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände, Verwaltung
- 260 Teilnehmer:innen
- 475 Beiträge und Kommentare
- Laufzeit: 31. Juli – 29. August 2025

3. Kernergebnisse: Was die Praxis tatsächlich braucht

Die Auswertung zeigt, wo der Rechtsrahmen anstandslos funktioniert – und wo nicht.

Zentrale Problemzonen

- **Abfallhierarchie**: zu viele Ausnahmen, kaum wirksame Steuerung
- **Genehmigungsverfahren**: Doppelregime (AWG/GewO), unklare Abgrenzungen, hoher bürokratischer Aufwand

Kovar & Partners GmbH, Dorotheergasse 7, 1010 Wien, Österreich
T: +43 1 522 9220, office@kovarpartners.com, www.kovarpartners.com

- **Digitale Pflichten**: doppelte Meldungen, unterschiedliche Systeme, fehlende Standards
- **Bahnpflicht**: Ziele werden unterstützt, Umsetzung praxisfern
- **EPR-Systeme**: Bedarf an Vereinheitlichung und erweiterten Produktgruppen
- **Definitionen (End-of-Waste, Nebenprodukt)**: europarechtskonforme Klarstellungen notwendig

4. Politische Relevanz: Was ein strukturierter Review ermöglicht

Die Fallstudie zeigt: Ein moderner Rechtsstaat braucht **laufende Pflege seines Regelungsbestands** – nicht pauschalen Bürokratieabbau.

Ein Review ermöglicht politisch:

- Entscheidungen auf **gesicherter Wissensbasis**
- **Priorisierung** der Themen nach tatsächlicher Wirkung
- frühzeitige Identifikation von Konflikten und Vollzugsproblemen
- klare Abwägung zwischen **Vollzugsanpassung**, **Novellierung** und **neuen politischen Ansätzen**
- erhöhte Legitimität durch Expertise aus Vollzug, Wirtschaft und Fachpraxis

5. Nutzen für Ministerien und Kabinette

- **Effizienz**: Die konsolidierten Ergebnisse reduzieren internen Analyseaufwand.
- **Klarheit**: Sichtbar wird, was Konsens ist – und wo Dissens besteht.
- **Relevanz**: Die Ergebnisse liefern direkt nutzbare Handlungsoptionen für Entwürfe, Verordnungen und Vollzugsleitfäden.
- **Risikominimierung**: Frühe Einbindung der Praxis führt zu besseren und besser akzeptierten Ergebnissen.
- **Wirtschaftlichkeit**: Erprobte kostengünstige technische Lösung, Kosten für Moderation und Auswertung.

6. Empfehlung: Das Modell ist auf andere Bereiche übertragen

Der strukturierte, digital gestützte Review eignet sich besonders für komplexe Rechtsmaterien. Er schafft Transparenz, beschleunigt Reformen und stärkt die Qualität politischer Entscheidungen.

7. Fazit: Ein modernes Instrument für bessere Gesetzgebung

Der AWG-Review zeigt: **Gute Gesetzgebung entsteht durch strukturierte Beteiligung, klare Methodik und regelmäßige Überprüfung bestehender Regeln – nicht durch pauschale Deregulierung.**

Das Verfahren bietet Ministerien ein praxiserprobtes, skalierbares Instrument, um Gesetzgebung wirksamer, nachvollziehbarer und anschlussfähiger zu gestalten – und Interessensvertretungen eine Möglichkeit an Reformen mitzuwirken.